

## Kommunalfinanzen in Baden-Württemberg: Solide durch die Krise

### Kommunaler Finanzreport der Bertelsmann Stiftung: Kassenkredite verdoppelt / höchster Anteil ausgelagerter Schulden / Finanzvermögen deckt Geldschulden vollständig

Gütersloh, 20. August 2013. Die Finanzlage der baden-württembergischen Städte, Gemeinden und Landkreise ist so gut wie in kaum einem anderen Bundesland. Geringe Pro-Kopf-Verschuldung und ein gesundes Verhältnis zwischen Vermögen und Schulden. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat in den Haushalten jedoch Spuren hinterlassen und zwischen 2007 und 2011 zu einer Verdoppelung der Kassenkredite geführt. Das geht aus dem Kommunalen Finanzreport der Bertelsmann Stiftung hervor.

Die Gesamtverschuldung der Kommunen in Baden-Württemberg betrug zum Stichtag des Finanzreports (31.12.2011) rund 6,9 Milliarden Euro. Im Vergleich zu 2007 ist sie um fast 800 Millionen Euro gestiegen. Die Verschuldung besteht fast vollständig aus Krediten, die die Kommunen für Investitionen in Infrastruktur wie Straßen und Schulgebäude aufgenommen haben. Diesen „guten“ Krediten stehen nur in sehr geringem Umfang die als „gefährlich“ geltenden Kassenkredite gegenüber, die ausschließlich der Liquiditätssicherung dienen. In Baden-Württemberg entfallen nur 3 Prozent der kommunalen Verschuldung auf Kassenkredite, im Krisenland Saarland sind es hingegen mehr als 60 Prozent. Die Höhe der Kassenkredite ist bundesweit zuletzt rasant gewachsen, von 29 Milliarden Euro in 2007 auf 44 Milliarden in 2011. In Baden-Württemberg stiegen sie ebenso von 93 Millionen auf 204 Millionen Euro. In diesem deutlichen Anstieg, wenn auch auf geringem Niveau, drücken sich die Folgen der Finanzkrise aus, die die baden-württembergischen Gemeinden besonders trafen. So brachen die Einnahmen der Gewerbesteuer (netto) von 5,1 Milliarden in 2008 auf rund 3,8 Milliarden in 2009 und 2010 ein.

Die baden-württembergischen Kommunen weisen dennoch weiterhin eine sehr geringe Pro-Kopf-Verschuldung auf. Die Kassenkredite betragen zum Stichtag lediglich 19 Euro. Die Haushaltslage der Kommunen unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland erheblich. Der bundesweite Durchschnitt liegt bei 580 Euro; im Saarland sind es sogar 1.754 Euro. Besser ist die Lage allein in den sächsischen Kommunen mit 13 Euro pro Kopf. Kassenkredite gelten als Kern der kommunalen Finanzkrise. Sie sind Symbol der zunehmenden Handlungsunfähigkeit der Städte und Gemeinden, weil mit steigenden Kassenkrediten auch der Raum für Investitionskredite und damit Bau und Instandhaltung von städtischer Infrastruktur enger wird. Bundesweit ballen sich die Problemlagen in den kreisfreien Städten. In Baden-Württemberg hingegen waren zum Stichtag alle 9 kreisfreien Städte frei von Kassenkrediten.

Herausragend ist in Baden-Württemberg auch das Verhältnis zwischen Schulden und Finanzvermögen, das im Wesentlichen aus Bareinlagen und Anteilsrechten an Beteiligungen besteht: Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, in dem das Finanzvermögen die Verschuldung übertrifft. Besonders ungesund ist das Verhältnis wiederum im Saarland, wo die Verschuldung mehr als neun Mal höher als das Finanzvermögen ist. „Am Schuldenstand der baden-württembergischen Kommunen werden die positiven Effekte der guten Wirtschaftsstruktur, aber auch der Kommunalaufsicht und lokaler Haushaltsdisziplin sichtbar“, sagte René Geißler, Finanzexperte der Bertelsmann Stiftung. Die Mehrzahl der Gemeinden ist schuldenfrei.

Auf Kritik stößt im Finanzreport, dass ein immer höherer Teil der kommunalen Schulden sich nicht mehr im Haushalt befindet, folglich für den Bürger nur schwer sichtbar wird. 59 Prozent ihrer Schulden haben die Kommunen inzwischen bundesweit ausgelagert – etwa in Beteiligungen an Unternehmen für Versorgung oder Wohnungswirtschaft. In Baden-Württemberg sind es hingegen 85 Prozent. In keinem anderen Land ist der Anteil ausgelagerter Schulden vergleichbar hoch. „In der Auslagerung stecken Chancen und Risiken, in jedem Fall aber schrumpft die Transparenz für Stadträte, Bürger und Aufsicht“, sagte René Geißler.

Die baden-württembergischen Kommunen haben hinter Hessen und Bayern die höchsten Steuereinnahmen. Sie liegen pro Kopf bei dem Doppelten des steuerschwächsten Landes Thüringen. Die wichtigste Steuer ist die Gewerbesteuer. „Diese an sich gute Einnahmestruktur macht die Gemeinden anfällig für konjunkturelle Schwankungen“, sagte Geißler. In den Fokus rückt daher die Grundsteuer B, welche durch den Gemeinderat bestimmt wird, vollständig in den Haushalt einfließt und nicht konjunktursensibel ist. In Bezug auf die Hebesätze der Grundsteuer B liegen die baden-württembergischen Gemeinden leicht unter dem Durchschnitt. Die höchsten Hebesätze haben die Städte Freiburg (600 Punkte), Stuttgart (520 Punkte) und Pforzheim (500 Punkte). Die geringsten Hebesätze erheben hingegen die Gemeinden im Alb-Donau-Kreis (310 Punkte) und Enzkreis (306 Punkte). Die stärksten Anstiege der Hebesätze sind zwischen 2007 und 2011 mit jeweils 100 Punkten in Pforzheim und Stuttgart zu verzeichnen. Die bundesweiten Spitzenreiter sind Leipzig mit 650 und Dresden mit 635 Punkten.

Die Aussichten für die Finanzlage der Kommunen in Baden-Württemberg bleiben grundsätzlich positiv. Die lokale Steuerkraft ist hoch, die Soziallasten gering, auch die demographische Prognose sieht keine deutlich schrumpfenden Landkreise.

*Zur Methodik des Kommunalen Finanzreports:*

*Der Kommunale Finanzreport 2013 analysiert die kommunalen Haushalte auf der Einnahme- und Ausgabeseite. Gemeinden und Gemeindeverbände werden für die jeweiligen Länder zusammengefasst, um strukturelle Unterschiede zwischen den Ländern aufzudecken. Grundlage sind die amtlichen Statistiken des Statistischen Bundesamtes. Die Kennzahlen werden jeweils pro Einwohner angegeben. Einzelne Städte und Gemeinden analysiert der Finanzreport nicht. Umfangreiche Kennzahlen für die einzelnen Kommunen (ab 5.000 Einwohner) bietet das Datenportal [www.wegweiser-kommune.de](http://www.wegweiser-kommune.de).*

**Rückfragen an: René Geißler, Telefon: 0 52 41 / 81-81 467**  
**E-Mail: [rene.geissler@bertelsmann-stiftung.de](mailto:rene.geissler@bertelsmann-stiftung.de)**

**Die komplette Studie, Pressemitteilungen für die einzelnen Bundesländer und Presse-Grafiken finden Sie unter [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)**